

# Dresden Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden  
Postleitzahl: 25041  
Aus für Reichspostamt Nr. 20011  
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden - K. L. Westendstraße 55/42

Schaukasten bei täglich zweimaliger Auflistung monatlich 2,40 RM. (einfachlich 80 Pf. für Zeitungen), durch Postausg. 2,40 RM. einfache 50 Pf. Verlagsfahrt ohne Verzinsungsabzug bei Mai wöchentlichem Verlauf. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreise: Bis einzelpage 20 mm breite Seite 25 Pf., für auswärtig 40 Pf. Familienanzeigen und Seitenanzeige ohne Abbild 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Seitenzeile 200 Pf. außerhalb 250 Pf. Offizierangebote 20 Pf. Ausködige Aufträge gegen Sonderbezahlung

Druk u. Verlag: Steyli & Weidner,  
Dresden, Postleitzahl 1068 Dresden  
Rechtsform mit dem Quellenanzeige  
(Dresden, Rade.) gültig. Unterjährige  
Schriftenwerke werden nicht anverwaltet

## Mussolinis Bruder verlangt Revision

### „Solidarität - das oberste Lebensgesetz“

Berlin, 30. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Arnaldo Mussolini, veröffentlicht im „Popolo d'Italia“ eine Jahresbetrachtung mit der Überschrift „Gerechtigkeit für die Völker“, in der er u. a. erklärt, daß nur eine Revision der Friedensverträge das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellen und die Völker auf die Dauer versöhnen könne. „Es gibt Grenzen“, schreibt Arnaldo Mussolini, „die nicht Volksgrenzen sind. Sie scheinen mit Stacheldraht gezogen.“

Es gibt Völker, deren Arbeits- und Aussiedlungswille erfüllt wird durch die furchtbare Ansicht, daß ganze Generationen zu arbeiten haben, um die Kriegsschuld zu begleichen.

In dieser Atmosphäre müssen die besten Absichten in nichts verzerrt werden. Der Kommunismus hat in solchen Völkern leichtes Spiel mit seiner Propaganda. Die heutigen Schwierigkeiten seien nur zu überwinden, wenn sie auf allen Gebieten bekämpft würden. Die Revision der Friedensverträge bedeutet eine Revision der Werte. Fern von der trüben Atmosphäre des Jahres 1919 könne jetzt die durch die Schicksalsfälle und Erfahrungen gewisse Menschheit erkennen, daß die Solidarität das oberste Lebensgesetz unter den Völkern bilde.“

### Der polnische Innenminister „unterstucht“

Kattowitz, 30. Dez. Zu dem Besuch des polnischen Innenministers in Ostoberschlesien meldet die Regierungspresse, es sei Gladkowsky gelungen, die „salzigen deutschen Klärnachrichten“ über die polnischen Gewalttaten während der Wahlen zu „demaskieren“. Obwohl sich der Minister nur wenige Stunden in den Kreisen Pleß und Rybnik aufgehalten hat, will er die Unrichtigkeit der deutschen Anschuldigungen festgestellt haben. Ein polnischer Polizeibeamter, den man angeblich im Oktober verprügelt hat, erhielt vom Minister ein Weihnachtsgeschenk von 500 Flotu, während die in Wirklichkeit geschädigten Deutschen natürlich leer ausgegangen. Zuhören kann soll der Minister festgestellt haben, daß nur ein einzelner Deutscher, der dazu noch bezahlter Agent sei und die dortige Bevölkerung aufsehen habe, verprügelt worden sei. Die übrigen Geschädigten seien keine Deutschen (?), da sie mit dem Minister polnisch gesprochen hätten. Der Deutsche Volksbund habe kein Recht, ihre Interessen zu vertreten.

Der Minister hat inzwischen die Rückreise angetreten. Auf die erneuten Verdächtigungen der polnischen Presse im Zusammenhang mit dem Ministerbesuch näher einzugehen, erübrigt sich. Das vorliegende authentische Material über die Vorgänge in Ostoberösterreich ist so erdrückend, daß alle Versuche, nachträglich die Tatbestände umzäuschen, zwecklos sein müssen.

### Am den Vorsitz im Völkerbundsrat

Gera, 30. Dez. Nunmehr beschäftigt sich auch das „Journal de Genève“ mit dem Vorsitz im Völkerbundsrat. Nach einer Berliner Meldung des Blattes hat Reichsausßenminister Dr. Curtius bereits auf den Deutschland austretenden Vorsitz auf der Januartagung des Völkerbundsrats verzichtet und den englischen Außenminister Hendon seinen erachtet, an seiner Stelle im Januar den Vorsitz im Völkerbundsrat zu übernehmen. Dieser Beschluss der deutschen Regierung ist nach Meinung des Blattes darauf zurückzuführen, daß es nach deutscher Auffassung für Deutschland unmöglich sei, gleichzeitig Richter und Partei in einer Sache vor dem Völkerbundsrat zu sein.

Eine amtliche Bestätigung des Beschlusses der deutschen Präsidentschaft auf der kommenden Ratstagung liegt im Völkerbundsekretariat nicht vor, jedoch muß in jedem Falle der Darstellung des „Journal de Genève“ auf das entschieden entgegengetreten werden. Nach den Bestimmungen des Völkerbundspakts handelt es sich bei der Behandlung der deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkerbundsrat keineswegs um ein Verfahren zwischen Deutschland und Polen, sondern lediglich um ein Klageverfahren gegen Polen vor dem Völkerbundsrat als solchem. Die deutschen Beschwerden stellen fahrlässig gemäß, nachdem sie auf die Tagesordnung des Völkerbundsrats gelegt sind, nicht mehr eine deutsche Angelegenheit dar, sondern sind zu einer Sache des gesamten Völkerbundsrates geworden, vor dem sich Polen nunmehr zu verantworten hat.

Durch einen Bericht auf die deutsche Präsidenschaft darf unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als ob Deutschland sich in dem Klageverfahren neben Polen als Partei ansieht.

Über die jetzt vor dem Völkerbundsrat schwedende Beschwerde gegen Polen hat überdies der Völkerbundsrat in seiner Gesamtheit mit Einschluß des deutschen Platzmitgliedes zu entscheiden.

## Dr. Heldt fordert Ausgestaltung des Reichsrats

### Neujahrskundgebung an das böhmisches Volk

München, 30. Dez. Zum Jahreswechsel wendet sich der böhmisches Ministerpräsident Dr. Heldt mit einer bedeutsamen Kundgebung an das böhmisches Volk. Er weist auf die Bestrebungen des politischen Umsurzes in großen Teilen der Welt und auf seinen Wegbereiter, den gestigten Umsurz hin, der den Kampf auf der ganzen Linie bereits aufgenommen habe und selbst vor dem Heiligsten nicht zurücktrete. Die böhmishe Regierung werde alle Kraft daran setzen, die Not zu lindern.

„Für Verhütung noch größeren Elends sei sie auch entschlossen, jeden Umsturzversuch im Keime zu ersticken, gleichviel von welcher Seite er unternommen werden sollte.“

Dr. Heldt weist auf den verhängnisvollen Irrtum jener Kreise hin, die als Schwächezpunkt im Verfassungsbau des Reiches die bündestädtische Gewaltentstehung erbliden wollen. Die Mängel des Verfassungsbauwesens bestünden nicht in der Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern, sondern vielmehr darin, daß die Reichsgewalt als solche einer hinreichend starken Grundlage entbehre. Sie ruhe also einsichtig auf dem Reichsparlament, das als getreues Spiegelbild der parteimäßigten Herrschaft des deutschen Volkes für sich allein kein festes Fundament für eine starke Reichsgewalt bilden könne. Hier sei der schwache Punkt im Reichsbau zu suchen, und hier geltet es, Hand anzulegen.

Dr. Heldt fordert als Traapsfeuer für die Bildung einer starken Reichsgewalt die Erhebung des Reichsrates zur gleichberechtigten zweiten gelehnbenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates.

Gewährleistung einer größeren Sicherheit der Reichsregierung und Ausbau der verfassungsbürtlichen Machtgewalt des Reichspräsidenten. Die Verfassung dürfe nur in den allernotwendigsten Fällen geändert werden. Es sei Bayerns Aufgabe, im kommenden Jahr und in Zukunft den Verstörungsversuchen schärfsten Widerstand zu leisten.“

### Der Bundesrat in Wien genehmigt Verträge mit Deutschland

Wien, 30. Dez. Am Dienstag erstattete Bundesrat Dr. Hugelmann im österreichischen Bundesrat Bericht über die Beschlüsse des Nationalrates auf Genehmigung des Handelsvertrages zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, des

deutschösterreichischen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr und des deutsch-österreichischen Vertrages über die Rechtsfälle in Salzburg. Er erklärte dabei, es sei sehr bedeutsam, daß nunmehr endlich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen den beiden Staaten umfassender als früher geregelt würden. Es sei doch so, wie es schon zwei Kanzler formuliert hätten:

#### Eine Nation in zwei Staaten.

Schöner und besser wäre es allerdings, wenn der Weg zu einem Ausbau der handelspolitischen Beziehungen gegangen würde, wie er anderen Staaten am Platze sei, die von einem Volke bewohnt werden, die durch eine tausendjährige Geschichte, durch das auf vielen Schlachtfeldern vergossene Blut, durch das in der Nachkriegszeit erlittene Unrecht und die gemeinsamen Leiden verbunden seien.

Bundesrat Hugelmann erstattete Johann Bericht über den Besluß des Nationalrates auf Genehmigung des deutsch-österreichischen Vertrages über Sozialversicherung. Der Bundesrat beschloß, gegen alle diese Beschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, so daß sie genehmigt sind.

### Über zwei Millionen Polizeigelber an Thüringen überwiesen

Berlin, 30. Dez. Das Reich hat dem Lande Thüringen an Polizeikosten bis einschließlich Januar 2123 000 Mark überwiesen. In dieser Summe sind die Zinsen noch nicht eingeschlossen, jedoch besteht Einigkeit darüber, daß diese gezahlt werden. Die Summe der Zinsen soll nach mündlicher Absprache in Berlin errechnet werden.

### Preußische Beamte und Nationalsozialismus

Berlin, 30. Dez. In einer kleinen Anfrage mehrerer nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Berliner Polizeipräsident Graefenstiel habe öffentlich in einer sozialdemokratischen Versammlung festgestellt, daß die Behauptungen, die NSDAP wolle den gewaltlosen Umtausch, ungerechtfertigt sind. Auf diese Behauptung gründet sich aber, wie die Anfragenden weiter sagten, der Ministerialbefehl, der den Beamten die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, diesen Besluß aufzuheben. Wie der amtierende preußische Pressedienst mitteilte, beantwortete der preußische Ministerpräsident die Anfrage mit einem „Nein“.

### Freie Bahn der privaten Initiative!

In diesen Tagen beenden wir ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Entwicklung unseres Vaterlandes, von dem wir lange Zeit gehofft hatten, es könnte mit ihm der Wiederaufbau endgültig abgeschlossen werden. Leider hat sich erwiesen, daß die Maschine des Wirtschaftslebens, die seit der Unwälzung immer mühseliger und unvollkommen arbeitete, nunmehr einem Mechanismus gleicht, bei dem die Räder nicht mehr richtig ineinanderkreisen und dessen Ketten durch Überzügung unter so starken Druck steht, daß eine Explosion zu befürchten ist. Diese schweren Abmühlerscheinungen haben sich erst in den letzten beiden Jahren in ihrer ganzen Stärke ausgewirkt. Zunächst schien es, nachdem die Inflation überwunden worden war, als ob tatsächlich eine Befriedung eingetreten wäre. Der reiche Strom von Auslandsgebern während der Schonzeit des Dawesplanes kurbelte die Wirtschaftsmaschine an. Erzeugung und Umlauf stiegen gleichmäßig. Im Jahre 1927 befanden wir uns im Zeichen einer ausgezeichneten Konjunktur. Aber schon im Jahre 1928 zeigte es sich, daß es sich hier um eine Scheinblüte handelte. Mit den Auslandsanleihen stiegen die Bindungsverpflichtungen und blieben schließlich zusammen mit den Amortisationssummen nach dem Versegeln des Stromes der Auslandsgebler allein übrig. Zu dieser Last gesellten sich die stetig wachsenden Tribute. Mit den Zins- und Tributverpflichtungen transfierte Deutschland ferner zugleich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf das Ausland. So begann im Jahre 1929 die Krise der internationalen Absatzmärkte. Gleichzeitig verschärfte sich die deutsche Krise im Laufe des Jahres 1930 und wird gegenwärtig durch eine Arbeitslosenziffer von fast über Millionen gekennzeichnet. Man hat die verschiedenartigsten Erklärungen für die schwere Depression herangezogen. Die Reichsregierung legt den Nachdruck auf die Krise der Weltwirtschaft, die die Folge eines umwälzenden Strukturwandels des ganzen Gesanges des aus der Kriegszeit überkommenen Produktions- und Absatzsystems sei. Aber diese Erklärung berücksichtigt nur eine Komponente. Sie vergibt, daß die deutsche Krise, wie sie aus ihrer ganzen Entstehung ergibt, zwar unter den Störungen des Weltmarktes leidet, aber im übrigen ein recht eigenwilliges Leben bewiesen hat.

Ihre schlimmsten Ursachen sind zweifellos die Tilgungszahlungen, die jährlich ein volles Drittel der schon lange unzureichenden Kapitalbildung wegnehmen. Die sich fortwährend steigernde materielle Schädigung unseres Wirtschaftskörpers hat aber zugleich zu einer schweren organisatorischen Erkrankung geführt. Sie wird am besten gekennzeichnet durch das immer stärkere Anwachsen des öffentlichen Aufwandes von 7,1 Milliarden im Jahre 1918 auf nunmehr 26,5 Milliarden im Jahre 1930. Dabei ist es seit 1925 nicht mehr gelungen, die Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung zu halten. Seit dieser Zeit wachsen mit den Ausgaben die Debitzitate der öffentlichen Haushalte. Der sich in diesen Ziffern ausdrückende Umbau des auf privatwirtschaftlicher Grundlage ruhenden Staates in einen sozialistischen Versorgungsstaat kann nicht einmal äußerlich als gelungen angesehen werden, weil er zugleich die Sicherung des Gleichgewichtes in der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Haushalten zerstört hat. Es klingt paradox, daß Deutschland gerade unter dem Druck der Reparationen diejenigen Grundlagen seiner Wirtschaft verlassen hat, die es eins groß und leistungsfähig gemacht haben: die selbstverantwortliche Tätigkeit der schöpferischen Persönlichkeit in jedem Stande, sei es der des Industriellen, des Kaufmanns, des Angestellten oder des Arbeiters. Die wachsenden Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode haben zusammen mit dem Staatssozialismus an Stelle der privaten Initiative, Verantwortlichkeit, Auspungsfähigkeit und dem Geist des einzelnen Massenorganisationen und das immer weitere Einbinden des Staates in die Sphäre der freien Wirtschaft gefördert. Der Staat sollte den Nöten der Gegenwart abhelfen. Die Inflation raubte einem großen Teil unseres Volkes den bisher bestehenden Schutz der Existenz durch Vermögensbesitz und erhöhte so das seit Kriegsende bestehende Gefühl der allgemeinen Lebensunsicherheit. So erklärt sich der Ruf nach immer weiterem Ausbau der Sozialversicherungen, der von Seiten der Massenorganisationen der Arbeiterschaft erholt. Der Erfolg dieser Forderungen ergibt sich aus der Verzweigungsaktion der Staatsausfälle zu den öffentlichen Sozialfürsorgerien seit 1918. Die durch das Anwachsen der Lasten in ihrer Existenz bedrohte Privatwirtschaft antwortete ihrerseits mit Kärtellierung und Vertrags, um einen vom Gesetz des freien Angebots und der Nachfrage losgelösten Preis zu sichern, der die neuen Steuern und Kosten tragbar mache. Weniger beginnende Wirtschaftsweise konnten nur mit Staatshilfe über Wasser gehalten werden. So wuchs im Interessengegenstand der Massenorganisationen naturnotwendig die wirtschaftliche Macht des Staates, der sich zum Schlichter bei Auseinandersetzungen aufwarf. Natürlich, um einen gefährlichen Machtkampf der Interessenorganisationen zu vermeiden. Die